

**GOVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION — GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN**

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[S - C - 33116]

D. 95 — 3367

2. MAI 1995. — Dekret zur Abänderung des Gesetzes vom 8. Juli 1976
über die Öffentlichen Sozialhilfzentren (1)

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, die Regierung, sanktionieren es:

Artikel 1. Artikel 9 des Gesetzes vom 8. Juli 1976 über die Öffentlichen Sozialhilfzentren, abgeändert durch die Gesetze vom 29. Dezember 1988 und vom 5. August 1992, wird für das deutsche Sprachgebiet durch folgende Bestimmung ergänzt:

„g) die Mitglieder der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.“

Art. 2. § 1. In Artikel 18 desselben Gesetzes werden die Absätze I bis 3 sowie Absatz 4, abgeändert durch das Gesetz vom 5. August 1992, für das deutsche Sprachgebiet durch folgende Absätze ersetzt:

„Die Akte über die Wahl der Mitglieder des Sozialhilferates und ihrer Ersatzmitglieder wird unverzüglich der Regierung übermittelt.

Jede Beschwerde über die Wahl muß bei Strafe der Nichtigkeit innerhalb von zehn Tagen nach der Verkündung des Wahlergebnisses schriftlich bei der Regierung eingereicht werden.

Die Regierung entscheidet innerhalb von dreißig Tagen nach Erhalt der Akte über die Gültigkeit der Wahl und berichtigt gegebenenfalls bei der Feststellung des Wahlergebnisses begangene Irrtümer. Wenn innerhalb dieser Frist keine Entscheidung getroffen wurde, gilt die Wahl als gültig.

Die Tatsache, daß die Wahl durch Verstreichen der Frist oder Entscheidung der Regierung Gültigkeit erlangt hat, wird dem betroffenen Gemeinderat und dem Öffentlichen Sozialhilfzentrum durch die Regierung mitgeteilt. Diese Mitteilung wird den effektiven Mitgliedern und Ersatzmitgliedern, deren Wahl für ungültig erklärt wurde, den Ersatzmitgliedern, deren Wahlreihenfolge geändert wurde, und den Personen, die die Beschwerde eingereicht haben, per Einschreibebrief zugesandt.“

§ 2. In Artikel 18 Absatz 5 wird der Satz „Der Gouverneur kann innerhalb von fünfzehn Tagen nach der Entscheidung des ständigen Ausschusses oder nach Ablauf der Frist den gleichen Einspruch einlegen“, was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, aufgehoben

§ 3. In Artikel 18 Absatz 6 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 5. August 1992, werden, was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, die Wörter „der Gouverneur“ ersetzt durch die Wörter „die Regierung“

Art. 3. § 1. In Artikel 20bis desselben Gesetzes, eingefügt durch das Gesetz vom 5. August 1992, werden die Absätze I bis 3 für das deutsche Sprachgebiet durch folgende Bestimmung ersetzt:

„Wenn der Bürgermeister oder der bevollmächtigte Schöffe es unterläßt, die Mitglieder des Sozialhilferates zwecks Eidesleistung vorzuladen, lädt die Regierung diese Mitglieder vor und sie legen den Eid vor ihr ab.

Die Regierung trifft diese Maßnahme innerhalb von dreißig Tagen, nachdem sie Kenntnis von der Unterlassung bekommen hat.

Die Kosten dieses Verfahrens sind zu Lasten des Bürgermeisters oder des Schöffen, der es unterlassen hat, Artikel 20 des vorliegenden Gesetzes auszuführen.“

§ 2. In Artikel 20bis Absatz 4 werden, was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, die Wörter „der Provinzgouverneur“ ersetzt durch die Wörter „die Regierung“

Art. 4. § 1. In Artikel 21 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 5. August 1992, werden für das deutsche Sprachgebiet die Absätze I bis 5 durch folgende Absätze ersetzt:

„Wenn ein Mitglied nach der Eidesleistung eine der Bedingungen für die Wählbarkeit nicht mehr erfüllt oder in eine Situation der Unvereinbarkeit gerät, setzt der Bürgermeister oder der Präsident des Rates die Regierung unverzüglich davon in Kenntnis. Eine Abschrift dieser Mitteilung wird am gleichen Tag per Einschreibebrief an das betroffene Mitglied gesandt, das der Regierung innerhalb von fünfzehn Tagen seine Bemerkungen schriftlich zur Kenntnis bringen kann.

Wenn es sich jedoch um eine Unvereinbarkeit von Ämtern handelt, muß der Bürgermeister das Mitglied vorher auf die gleiche Weise auffordern, von dem Amt, das unvereinbar ist, zurückzutreten. Das Mitglied verfügt über eine Frist von fünfzehn Tagen, um dieser Aufforderung Folge zu leisten.

Die Regierung entscheidet innerhalb von dreißig Tagen nach Empfang der Mitteilung des Bürgermeisters.

Wenn die Regierung selbst eine solche Situation feststellt oder wenn sie durch die Klage einer Drittperson davon in Kenntnis gesetzt wird, teilt sie dem betroffenen Mitglied dies per Einschreibebrief mit und fordert es auf, seine Bemerkungen innerhalb von fünfzehn Tagen schriftlich zur Kenntnis zu bringen oder von dem Amt, das unvereinbar ist, zurückzutreten.

Außer im Falle eines Rücktritts des betroffenen Mitglieds trifft die Regierung ihre Entscheidung innerhalb von dreißig Tagen nach Versand der Mitteilung.“

(1) Sitzungsperiode, 1994-1995.

Dokumente des Rates. — Nr. 148: Nr. 1: Dekretentwurf; Nr. 148: Nr. 2: Abänderungsvorschlag; Nr. 148: Nr. 3: Bericht.

Ausführlicher Bericht. — Diskussion und Abstimmung, Sitzung vom 2. Mai 1995.

§ 2. In Artikel 21 Absatz 6 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 5. August 1992, wird, was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, der erste Satz ersetzt durch folgenden Satz:

“Die Regierung teilt dem betroffenen Mitglied und gegebenenfalls den Personen, die eine Beschwerde eingereicht haben, ihre Entscheidung durch Einschreibebrief mit; sie setzt ebenfalls den Bürgermeister sowie den Präsidenten des Rates davon in Kenntnis.”

Im zweiten Satz werden, was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, die Wörter “der Gouverneur” aufgehoben und die Wörter “die Entscheidung des ständigen Ausschusses” ersetzt durch die Wörter “die Entscheidung der Regierung”.

§ 3. In Artikel 21 Absatz 7 desselben Gesetzes werden, was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, die Wörter “des ständigen Ausschusses” ersetzt durch die Wörter “der Regierung”.

Art. 5. § 1. In Artikel 22 desselben Gesetzes, werden für das deutsche Sprachgebiet die Absätze 1, abgeändert durch das Gesetz vom 5. August 1992, und 2 durch folgende Absätze ersetzt:

“Bei schwerer Nachlässigkeit oder bei offenkundig schlechtem Lebenswandel kann die Regierung, auf Vorschlag des Sozialhilferates, des Gemeinderates oder von Amts wegen die Mitglieder des Sozialhilferates suspendieren oder entlassen. Die Dauer der Suspendierung darf nicht mehr als drei Monate betragen.

Das betroffene Mitglied wird vorher vorgeladen und bei Erscheinen angehört; es wird eine Stellungnahme des Sozialhilferates eingeholt.”

§ 2. In Artikel 22 Absatz 3 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 5. August 1992, werden, was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, die Wörter “des ständigen Ausschusses” ersetzt durch die Wörter “der Regierung”.

Art. 6. § 1. In Artikel 26bis Nr. 7 desselben Gesetzes, abgeändert durch die Gesetze vom 5. August 1992 und vom 12. Januar 1993, werden die Wörter “oder zu vermindern” für das deutsche Sprachgebiet aufgehoben.

§ 2. Artikel 26bis § 5 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 5. August 1992, ist für das deutsche Sprachgebiet aufgehoben.

Art. 7. § 1. Artikel 27 § 1 Absatz 1 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 5. August 1992, wird für das deutsche Sprachgebiet durch folgende Bestimmung ersetzt:

“Der Sozialhilferat kann in seiner Mitte ein ständiges Präsidium bilden, das mit der Erledigung der laufenden Verwaltungsangelegenheiten beauftragt ist und dem er außerdem andere genau definierte Befugnisse übertragen kann.”

§ 2. In Artikel 27 desselben Gesetzes wird für das deutsche Sprachgebiet ein § 5 mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

“§ 5. In den Öffentlichen Sozialhilfezentren, in denen der Sozialhilferat in Anwendung von § 1 dieses Artikels kein ständiges Präsidium gebildet hat, werden die in den Artikeln 19, 20 und 84 des vorliegenden Gesetzes erwähnten Aufgaben des ständigen Präsidiums vom Präsidenten wahrgenommen. Der in Artikel 25 § 4 erwähnte Antrag des Präsidenten ist an den Sozialhilferat zu richten.”

Art. 8. Artikel 40 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 5. August 1992, wird für das deutsche Sprachgebiet durch folgende Bestimmung ersetzt:

“Artikel 40. Die Geschäftsordnungen des Rates, des ständigen Präsidiums, der Sonderausschüsse sowie der Dienststellen und Einrichtungen des Öffentlichen Sozialhilfezentrums werden vom Rat festgelegt.

Sie werden dem Gemeinderat zur Billigung unterbreitet. Jede Ablehnung muß mit Gründen versehen werden. Die Billigung des Gemeinderates gilt als erteilt, wenn dem Öffentlichen Sozialhilfezentrum innerhalb von 60 Tagen keine Entscheidung zugestellt wurde.

Im Falle der Ablehnung durch den Gemeinderat übermittelt das Zentrum der Regierung die vollständige Akte zur Billigung.”

Art. 9. Artikel 41 desselben Gesetzes wird für das deutsche Sprachgebiet durch folgende Bestimmung ersetzt:

“Artikel 41. Jedes Öffentliche Sozialhilfezentrum hat einen Sekretär, einen Einnehmer und einen Sozialarbeiter. Jedes Zentrum ist verpflichtet, mindestens einen vollzeitbeschäftigten Sozialarbeiter einzustellen. Diese Funktion kann ebenfalls durch mehrere Sozialarbeiter ausgeübt werden.”

Art. 10. Artikel 42 desselben Gesetzes, abgeändert durch den Königlichen Erlaß Nr. 430 vom 5. August 1986 und das Gesetz vom 5. August 1992, wird für das deutsche Sprachgebiet durch folgende Bestimmung ersetzt:

“Artikel 42. Der Sozialhilferat legt den Stellenplan des Zentrums fest.

Für das Krankenhaus sowie für die Einrichtungen, die dem Zentrum unterstehen, legt der Sozialhilferat einen getrennten Stellenplan fest, wobei für den Stellenplan des Krankenhauses das Gutachten des in Artikel 94 § 2 erwähnten Verwaltungsausschusses erforderlich ist.

Der Rat bestimmt auch, wie Personalbewegungen zwischen dem Krankenhaus und den anderen Einrichtungen oder Dienststellen des Zentrums stattfinden sollen.

Die Regierung kann diesbezüglich Bedingungen und Regeln festlegen.

Für das Personal des Öffentlichen Sozialhilfezentrums gilt das gleiche Verwaltungs- und Besoldungsstatut wie für das Personal der Gemeinde, in der sich der Sitz des Zentrums befindet.

Der Sozialhilferat legt die Abweichungen von dem im vorigen Absatz erwähnten Statut fest, insofern die besonderen Eigenheiten gewisser Dienste und Einrichtungen des Zentrums dies verlangen, und er legt das Verwaltungs- und Besoldungsstatut der Stellen, die auf Gemeindeebene nicht bestehen, sowie das des Krankenhauspersonals fest.

Für die Anwendung des vorangehenden Absatzes kann die Regierung die Grenzen bestimmen, innerhalb derer der Sozialhilferat handeln muß.

Das Gesetz vom 25. April 1933 über die Pensionen des Gemeindepersonals findet Anwendung auf die Personalmitglieder der Öffentlichen Sozialhilfezentren.

Die vom Sozialhilferat in Anwendung des vorliegenden Artikels gefaßten Beschlüsse werden dem Gemeinderat zur Billigung unterbreitet.

Die Billigung des Gemeinderates gilt als erteilt, wenn dem Öffentlichen Sozialhilfezentrum innerhalb von 60 Tagen keine Entscheidung zugestellt wurde.

Im Falle der Ablehnung durch den Gemeinderat übermittelt das Zentrum der Regierung die vollständige Akte zur Billigung."

Art. 11. In Artikel 46 § 1 Absatz 3 desselben Gesetzes werden, was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, die Wörter "der Provinzgouverneur" ersetzt durch die Wörter "die Regierung".

Art. 12. Artikel 53 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 5. August 1992, wird für das deutsche Sprachgebiet durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 53. § 1. Die Beschlüsse, durch die als Disziplinarmaßnahme eine Suspendierung von mindestens drei Monaten, eine Rückstufung, die Entlassung von Amts wegen oder die Entfernung aus dem Dienst ausgesprochen wird, werden dem Gemeinderat zur Billigung unterbreitet. Sie werden vorläufig ausgeführt, sofern der Sozialhilferat nichts anderes beschließt.

Die Billigung des Gemeinderates gilt als erteilt, wenn dem Öffentlichen Sozialhilfezentrum innerhalb von 60 Tagen keine Entscheidung zugestellt wurde.

Im Falle der Ablehnung durch den Gemeinderat übermittelt das Zentrum der Regierung die vollständige Akte zur Billigung.

§ 2. Ein Personalmitglied kann gegen einen Beschluß des Sozialhilferates zur Aufhebung seiner Stelle oder zur Verringerung des damit verbundenen Gehalts bei der Regierung Beschwerde einlegen.

Die Beschwerde muß innerhalb von fünfzehn Tagen nach dem Datum, an dem der Beschluß dem Betreffenden zur Kenntnis gebracht wurde, eingereicht werden. Die Regierung kann dieser Beschwerde nur stattgeben, wenn der Beschluß offensichtlich eine Entlassung oder eine versteckte Rückstufung in einen anderen Rang bezweckt.

Die Regierung muß innerhalb von drei Monaten, nachdem ihr die Beschwerde zugestellt wurde, entscheiden."

Art. 13. Artikel 55bis desselben Gesetzes, abgeändert durch den Königlichen Erlaß Nr. 430 vom 5. August 1986, wird für das deutsche Sprachgebiet durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 55bis. Das Personal des Krankenhauses und der anderen Einrichtungen, die einem Öffentlichen Sozialhilfezentrum unterstehen, kann innerhalb der Grenzen des vom Sozialhilferat gebilligten Stellenplans und ohne die in Artikel 55 § 1 Absatz 1 erwähnte Ermächtigung unter Vertrag eingestellt werden. Dieser Vertrag muß schriftlich abgeschlossen werden."

Art. 14. Artikel 78 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 5. August 1992, wird für das deutsche Sprachgebiet durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 78. Nach Stellungnahme des Bürgermeister- und Schöffenkollegiums kann die Regierung den Öffentlichen Sozialhilfezentren die Genehmigung erteilen, Enteignungen im öffentlichen Interesse vorzunehmen, wenn sie der Auffassung ist, daß der Erwerb der betreffenden Güter im öffentlichen Interesse notwendig ist.

Außer den Beamten der Immobilienerwerbskomitees ist der Bürgermeister der Gemeinde, die den Zuständigkeitsbereich des Zentrums bildet, dazu befugt, diesbezügliche Rechtsgeschäfte zu beurkunden."

Art. 15. § 1 Artikel 88 § 1 desselben Gesetzes, abgeändert durch die Gesetze vom 29. Dezember 1988 und vom 5. August 1992, wird für das deutsche Sprachgebiet durch folgende Bestimmung ersetzt:

"§ 1. der Sozialhilferat legt jedes Jahr für das folgende Rechnungsjahr den Haushaltsplan der Ausgaben und den Haushaltsplan der Einnahmen des Zentrums sowie der von ihm verwalteten Krankenhäuser fest. Diesen Haushaltsplänen wird eine Notiz über die allgemeine Politik beigelegt.

Diese Haushaltspläne werden dem Gemeinderat vor dem 15. September des Jahres, das dem Rechnungsjahr vorangeht, zur Billigung unterbreitet.

Bei den Sitzungen des Gemeinderates, auf deren Tagesordnung die Billigung der Haushaltspläne steht, werden diese vom Präsidenten des Zentrums erläutert. Wenn der Präsident dem Gemeinderat nicht angehört, wird ihm das Datum der Versammlung vom Bürgermeister- und Schöffenkollegium mindestens volle fünf Tage im voraus mitgeteilt.

Der Beschluß muß dem Zentrum binnen einer Frist von vierzig Tagen ab dem Tag, an dem die Haushaltspläne der Gemeinde zugestellt wurden, zugeschickt werden. Anderenfalls gilt die Billigung des Gemeinderates als erteilt.

Jeder Abänderungs- oder Ablehnungsbeschluß muß Gründen versehen sein. Im Falle der Ablehnung oder im Falle von Abänderungen des Haushaltsplans unterbreitet das Zentrum der Regierung vor dem 15. November desselben Jahres die vollständige Akte zur Billigung.

Der Gemeinderat kann Einnahmenvorschläge und Ausgabenposten im Haushaltsplan des Öffentlichen Sozialhilfezentrums und der diesem Zentrum unterstehenden Krankenhäuser eintragen, verringern, erhöhen oder streichen und materielle Irrtümer berichtigen.

Die Regierung hat dieselbe Befugnis bezüglich des Haushaltsplanes der Öffentlichen Sozialhilfezentrenzentren und bezüglich des Haushaltsplanes der Krankenhäuser, die diesen Zentren, einer interkommunalen Vereinigung oder einer in Kapitel XII dieses Gesetzes erwähnten Vereinigung unterstehen."

§ 2. Artikel 88 § 4 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 5. August 1992, wird für das deutsche Sprachgebiet durch folgende Bestimmung ersetzt:

"§ 4. Wenn der Sozialhilferat den Haushaltsplan nicht festlegt oder eine Haushaltsabänderung, die sich als notwendig erweist, um entweder unvorhergesehenen Umständen gerecht zu werden oder um eine anerkannte und fällige Schuld des Zentrums zu bezahlen, nicht vornimmt, findet Artikel 113 des vorliegenden Gesetzes Anwendung.

Wenn der Sozialhilferat den Haushaltsplan nicht innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Frist festlegt, kann das Bürgermeister- und Schöffenkollegium das Zentrum in Verzug setzen. Wenn der Sozialhilferat den Haushaltsplan nicht innerhalb von zwei Monaten nach dieser Inverzugsetzung festlegt, kann der Gemeinderat den Haushaltsplan an Stelle des Sozialhilferates festlegen. Der Gemeinderat stellt diesen Haushaltsplan dem Sozialhilferat zu und legt ihn der Regierung, die über die § 1 Absatz 7 vorgesehene Befugnis verfügt, zur Billigung vor."

Art. 16. Artikel 89 desselben Gesetzes, abgeändert durch den Königlichen Erlaß Nr. 244 vom 31. Dezember 1983 und die Gesetze vom 29. Dezember 1988, 5. August 1992 und 12. Januar 1993, wird für das deutsche Sprachgebiet durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 89. Der Sozialhilferat schließt jährlich die sich auf das vorige Rechnungsjahr beziehenden Rechnungen des Zentrums und eines jeden von ihm verwalteten Krankenhauses auf einer Sitzung ab, die vor dem 1. Juni stattfindet.

Im Laufe der Sitzung, während der der Rat die Rechnungen abschließt, erstattet der Präsident Bericht über die Lage und die Verwaltung des Zentrums während des vergangenen Jahres in bezug auf die Verwirklichung der Haushaltsvoranschläge und in bezug auf den Erhalt und die Verwendung der vom Staat vergebenen Subventionen im Rahmen des Gesetzes vom 7. August 1974 über das Existenzminimum und des Gesetzes vom 2. April 1965 über die Übernahme der von den Öffentlichen Sozialhilfezentren vergebenen Unterstützung. Der Jahresbericht wird jedem Ratsmitglied zusammen mit den Rechnungen, aber ohne Beweisstücke mindestens volle sieben Tage vor der Sitzung übermittelt.

Die vom Rat abgeschlossenen Rechnungen werden dem Gemeinderat spätestens am 1. Juni nach Abschluß des Rechnungsjahres zur Billigung unterbreitet. Der Jahresbericht wird dem Gemeinderat als Erläuterung zu den Rechnungen mitgeteilt.

Der Beschluß muß dem Zentrum innerhalb von zwei Monaten nach Empfang der Rechnungen übermittelt werden; anderenfalls gilt die Billigung des Gemeinderates als erteilt.

Bei Ablehnung durch den Gemeinderat unterbreitet das Zentrum der Regierung die Rechnungen zusammen mit den Beschlüssen des Rates vor dem 1. August des oben genannten Jahres zur Billigung; die Regierung schließt die Rechnungen endgültig ab.

Die Überprüfung der Belege durch die Vertreter der Aufsichtsbehörde erfolgt an Ort und Stelle."

Art. 17. Artikel 90 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 5. August 1992, ist, was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, aufgehoben.

Art. 18. Artikel 92 desselben Gesetzes wird für das deutsche Sprachgebiet durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 92 Bei Weigerung oder Verzögerung der Anordnung zur Auszahlung der Ausgabenbeträge, die von Gesetzes wegen zu Lasten der Öffentlichen Sozialhilfezentren gehen, ordnet die Regierung deren Auszahlung an, nachdem sie den Sozialhilferat angehört hat. Ihr Beschluß gilt als Zahlungsanweisung; der Einnehmer des Öffentlichen Sozialhilfezentrums ist auf eigene Verantwortung verpflichtet, diesen Betrag auszuzahlen. Falls er sich weigert, können gemäß Artikel 46 § 1 letzter Absatz Zwangsmittel gegen ihn verwendet werden."

Art. 19. In Artikel 110 Absatz 2 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 5. August 1992, wird die Wortfolge "letztere kann die ursprüngliche Frist jedoch um 40 Tage verlängern, wenn sie vor deren Ablauf mitteilt, daß sie eine Entscheidung erst innerhalb der verlängerten Frist treffen kann", was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, aufgehoben.

Art. 20. Artikel 111 desselben Gesetzes, abgeändert durch die Königlichen Erlasse Nr. 244 vom 31. Dezember 1983 und Nr. 430 vom 5. August 1986 und durch das Gesetz vom 5. August 1992, wird für das deutsche Sprachgebiet durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 111 § 1 Das Zentrum übermittelt der Regierung und dem Bürgermeister- und Schöffenkollegium innerhalb von fünfzehn Tagen nach der Beschlußfassung eine Übersichtsliste mit einer kurzen Umschreibung der getroffenen Beschlüsse, mit Ausnahme der Beschlüsse zur Gewährung einer individuellen Unterstützung und zur Rückforderung, sowie eine Abschrift von jedem Beschluß des Verwaltungsausschusses des Krankenhauses in Anwendung von Artikel 94 § 4.

§ 2 Zusätzlich muß das Zentrum der Regierung und dem Bürgermeister- und Schöffenkollegium innerhalb von 15 Tagen nach der Beschlußfassung beziehungsweise nachdem die Beschlüsse ausführbar sind, eine Kopie folgender Beschlüsse zustellen:

— Beschlüsse zur Festlegung der Vergabebedingungen und zur Vergabe von öffentlichen Arbeits-, Lieferungs- und Dienstleistungsaufträgen, wenn der Gesamtwert des Auftrags eine Million F, Mehrwertsteuer nicht einbegriffen, übersteigt;

— Beschlüsse für Ausgaben, die durch dringende und unvorhersehbare Umstände notwendig geworden sind;

— Beschlüsse zur Festlegung der in Artikel 40 erwähnten Geschäftsordnungen;

— Beschlüsse zur Festlegung der in Artikel 42 erwähnten Stellenpläne;

— Beschlüsse zur Festlegung der in Artikel 88 erwähnten Haushaltspläne;

— Beschlüsse zur Festlegung der in Artikel 89 erwähnten Rechnungen;"

Art. 21. In dasselbe Gesetz wird für das deutsche Sprachgebiet ein Artikel 111bis mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 111bis Das Bürgermeister- und Schöffenkollegium kann durch einen mit Gründen versehenen Entscheid die Durchführung der in Artikel 111 § 1 erwähnten Beschlüsse des Sozialhilfezentrums aussetzen, die weder der Regierung noch dem Gemeinderat zur Billigung oder Genehmigung vorgelegt werden müssen und die den kommunalen Belangen, insbesondere den finanziellen, schaden.

Die Regierung kann durch einen mit Gründen versehenen Erlaß die Durchführung der in Artikel 111 § 1 erwähnten Beschlüsse des Sozialhilfezentrums, die gegen das Gesetz verstoßen, aussetzen.

Der Aussetzungsentscheid oder -erlaß wird dem Zentrum und je nach Fall der Regierung oder dem Bürgermeister- und Schöffenkollegium unverzüglich zugestellt.

Der Sozialhilferat kann einen ausgesetzten Beschluß zurückziehen; er teilt dies dem Bürgermeister- und Schöffenkollegium und der Regierung mit.

Der Sozialhilferat kann einen ausgesetzten Beschluß rechtfertigen; er teilt diese Rechtfertigung unter Strafe der Nichtigkeit des ausgesetzten Beschlusses dem Bürgermeister- und Schöffenkollegium und der Regierung innerhalb von 30 Tagen nach dem Versanddatum des Aussetzungsentscheids oder -erlasses mit.

Die Regierung kann durch einen mit Gründen versehenen Erlaß innerhalb von 40 Tagen nach Erhalt der Rechtfertigung einen von der Regierung oder dem Bürgermeister- und Schöffenkollegium ausgesetzten Beschluß aufheben. Dieser Aufhebungserlaß wird dem Zentrum und dem Bürgermeister- und Schöffenkollegium spätestens am letzten Tag der vierzigtagigen Frist zugestellt. Wenn der Aufhebungserlaß dem Zentrum und dem Bürgermeister- und Schöffenkollegium nicht innerhalb der vorgesehenen Frist zugestellt wurde, verfällt die Aussetzung."

Art. 22. In dasselbe Gesetz wird für das deutsche Sprachgebiet ein Artikel 111ter mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Artikel 111ter Die Bestimmungen von Artikel 111bis finden keine Anwendung auf die Krankenhäuser, die einem Öffentlichen Sozialhilfezentrum unterstehen, solange die gemäß Artikel 89 gebilligten Rechnungen beweisen, daß ihre Betriebsrechnung ausgeglichen ist.

Artikel 111bis findet je nach Fall keine Anwendung mehr oder erneut Anwendung ab dem Zeitpunkt, an dem die Rechnungen in Anwendung von Artikel 89 gebilligt oder definitiv abgeschlossen sind."

Art. 23. Artikel 112 desselben Gesetzes wird für das deutsche Sprachgebiet durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 112. Die Beschlüsse des Zentrums, von denen in Anwendung von Artikel 111 § 1 keine Kopie an das Bürgermeister- und Schöffenkollegium und die Regierung geschickt werden muß, können nach Ablauf einer Frist von 30 Tagen nach Erhalt der Übersichtsliste nicht mehr ausgesetzt werden.

Diese Frist wird unterbrochen durch den Versand eines Einschreibebriefes, in dem die Regierung oder das Bürgermeister- und Schöffenkollegium eine bestimmte Akte oder zusätzliche Informationen anfordert.

Der Beschluß eines Öffentlichen Sozialhilfezentrums, der von einer Aufsichtsbehörde angefordert wurde, kann nach Ablauf einer Frist von 30 Tagen nach Erhalt der Akte oder der zusätzlichen Information nicht mehr ausgesetzt werden.

Die Beschlüsse des Zentrums, von denen in Anwendung von Artikel 111 § 2 eine Kopie an das Bürgermeister- und Schöffenkollegium und an die Regierung unaufgefordert gesandt werden muß, können nach Ablauf einer Frist von 40 Tagen nach Erhalt des Beschlusses nicht mehr ausgesetzt werden."

Art. 24. § 1. Artikel 113 Absatz I desselben Gesetzes wird für das deutsche Sprachgebiet durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Nach zwei aufeinanderfolgenden anhand des Briefwechsels festgestellten Mahnungen kann die Regierung einen oder mehrere Beamte damit beauftragen, sich auf Kosten der Mitglieder des Rates oder der Personalmitglieder des Öffentlichen Sozialhilfezentrums, die es versäumt haben, den Mahnungen Folge zu leisten, an Ort und Stelle begeben, um die gewünschten Auskünfte oder Bemerkungen einzuholen oder die durch das Gesetz und die allgemeinen Verordnungen vorgeschriebenen Maßnahmen zur Anwendung zu bringen."

§ 2. In Absatz 3 desselben Artikels werden, was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, die Wörter "der Gouverneur" ersetzt durch die Wörter "die Regierung",

§ 3. Absatz 4 desselben Artikels ist, was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, aufgehoben.

Art. 25. Artikel 114 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 5. August 1992, wird für das deutsche Sprachgebiet durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 114. Die Regierung stellt die in Anwendung der Artikel 40, 42 und 53 getroffenen Entscheidungen dem betroffenen Öffentlichen Sozialhilfezentrum und Bürgermeister- und Schöffenkollegium zu.

Wenn, in Ermangelung einer Entscheidung der Regierung, ein Beschluß des Öffentlichen Sozialhilfezentrums in Anwendung von Artikel 110 als stillschweigend genehmigt oder gebilligt gilt, informiert das Zentrum das betroffene Bürgermeister- und Schöffenkollegium darüber."

Art. 26. Artikel 119 desselben Gesetzes, abgeändert durch das Gesetz vom 5. August 199, wird für das deutsche Sprachgebiet durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 119. Der mit Gründen versehene Beschluß des Sozialhilferates oder der Sozialhilferäte, die im vorangehenden Artikel erwähnte Vereinigung zu bilden, sowie die Statuten der Vereinigung müssen dem betroffenen Gemeinderat oder den betroffenen Gemeinderäten und der Regierung zur Billigung unterbreitet werden.

Der Beschluß, einer bestehenden Vereinigung beizutreten, muß nur vom betroffenen Gemeinderat gebilligt werden."

Art. 27. Artikel 126 desselben Gesetzes, abgeändert durch den Königlichen Erlaß Nr. 430 vom 5. August 1986, wird für das deutsche Sprachgebiet durch folgende Bestimmung ersetzt:

"Artikel 126. Unbeschadet der Anwendung anderslautender besonderer Satzungsbestimmungen werden die Vereinigungen, auf die sich vorliegendes Kapitel bezieht, sowie die diesen Vereinigungen unterstehenden Krankenhäuser und Einrichtungen gemäß denselben Regeln verwaltet wie die Öffentlichen Sozialhilfezentren; sie unterstehen derselben Kontrolle und derselben Verwaltungsaufsicht.

Der Provinzgouverneur kann nicht in den Verwaltungsrat dieser Vereinigungen ernannt werden."

Art. 28. Artikel 128 § 2 Absatz 4 desselben Gesetzes wird für das deutsche Sprachgebiet durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"Auf Anfrage des Zentrums, der Vereinigung oder des betroffenen Personalmitglieds entscheidet die Regierung über jede Beanstandung hinsichtlich der Anwendung der vorstehenden Bestimmungen."

Art. 29. In den Artikeln 11 § 4, 25, 26, 27, 33bis, 38, 39, 46, 56, 80, 87, 94, 116, 128, 129 und 133 desselben Gesetzes werden, was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, die Wörter "der König" ersetzt durch die Wörter "die Regierung".

In Artikel 46 § 2 Absatz 7 werden die Wörter "Königlicher Erlaß" ersetzt durch die Wörter "Erlaß der Regierung".

In den Artikeln 56 und 94 werden die Wörter "durch einen im Ministerrat beratenen Erlaß", was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, aufgehoben.

In Artikel 64 desselben Gesetzes wird das Wort "Jugendschutzkomitee" ersetzt durch die Wortfolge "Präsidium des Jugendhilferates".

Art. 30. Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 1996 in Kraft, mit Ausnahme von Artikel 7, der am 1. April 1995 wirksam wird.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, daß es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird. Eupen, den 2. Mai 1995.

Der Minister-Präsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

J. MARAITE

Der Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur, Jugend und wissenschaftliche Forschung,

B. GENTGES

Der Minister für Medien, Erwachsenenbildung,
Behindertenpolitik, Sozialhilfe und Berufsumschulung,

K.-H. LAMBERTZ

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 95 - 3367

[S - C - 33116]

2 MAI 1995. — Décret modifiant la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'aide sociale (1)

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

Article 1er. L'article 9 de la loi du 8 juillet 1976 organique des centres publics d'aide sociale, modifié par les lois des 29 décembre 1988 et 5 août 1992, est complété par la disposition suivante en ce qui concerne la région de langue allemande :

"g) les membres du Gouvernement de la Communauté germanophone."

Art. 2. § 1. A l'article 18 de la même loi, les alinéas 1 à 3, ainsi que l'alinéa 4, modifié par la loi du 5 août 1992, sont remplacés par les alinéas suivants en ce qui concerne la région de langue allemande :

"Le dossier de l'élection des membres du conseil de l'aide sociale et de leurs suppléants est transmis sans délai au Gouvernement.

Toute réclamation contre l'élection doit, à peine de déchéance, être introduite par écrit auprès du Gouvernement dans les dix jours qui suivent la proclamation du résultat de l'élection.

Le Gouvernement statue sur la validité de l'élection dans les trente jours de la réception du dossier et, le cas échéant, redresse les erreurs qui ont été commises dans l'établissement du résultat de l'élection. Si aucune décision n'est intervenue dans ce délai, l'élection est tenue pour régulière.

La validation de l'élection, par l'expiration du délai ou la décision du Gouvernement, est communiquée par les soins du Gouvernement, au conseil communal concerné et au centre public d'aide sociale. Elle est notifiée, par lettre recommandée à la poste, aux membres effectifs et suppléants dont l'élection a été annulée, aux membres suppléants dont l'ordre d'élection a été modifié et aux réclamants."

§ 2. A l'article 18, alinéa 5, la phrase "Le même recours est ouvert au gouverneur dans les quinze jours qui suivent la décision de la députation permanente ou l'expiration du délai." est supprimée en ce qui concerne la Communauté germanophone.

§ 3. A l'article 18, alinéa 6, de la même loi, modifié par la loi du 5 août 1992, les mots "le Gouverneur" sont remplacés par les mots "le Gouvernement" en ce qui concerne la Communauté germanophone.

Art. 3. § 1. A l'article 20bis de la même loi, inséré par la loi du 5 août 1992, les alinéas 1 à 3 sont remplacés par la disposition suivante en ce qui concerne la région de langue allemande :

"Si le bourgmestre ou l'échevin délégué néglige de convoquer les membres du conseil de l'aide sociale aux fins de leur faire prêter serment, le Gouvernement convoque lui-même les membres et ceux-ci prêtent le serment devant lui.

Le Gouvernement prendra cette mesure dans les trente jours qui suivront le jour auquel il aura eu connaissance de la négligence.

Les frais de cette procédure seront à la charge du bourgmestre ou de l'échevin qui aura négligé d'exécuter l'article 20 de la présente loi."

§ 2. A l'article 20bis, alinéa 4, les mots "le gouverneur de la Province" sont remplacés par les mots "le Gouvernement" en ce qui concerne la Communauté germanophone.

Art. 4. § 1. A l'article 21 de la même loi, modifié par la loi du 5 août 1992, les alinéas 1 à 5 sont remplacés par les alinéas suivants en ce qui concerne la région de langue allemande :

"Lorsque, après avoir prêté serment, un membre perd une des conditions d'éligibilité ou vient à se trouver dans une situation d'incompatibilité, le bourgmestre ou le président du conseil en informe sans délai le Gouvernement. Une copie de cette information est envoyée le même jour, par pli recommandé, au membre intéressé, qui, dans les quinze jours, peut faire connaître ses observations par écrit au Gouvernement.

Le bourgmestre doit toutefois, s'il s'agit d'une incompatibilité de fonctions, inviter au préalable, de la même manière, le membre à démissionner de la fonction incompatible. Le membre dispose d'un délai de quinze jours pour donner suite à cette invitation.

Le Gouvernement statue dans les trente jours de la réception de l'avis du bourgmestre.

Lorsque le Gouvernement constate lui-même une telle situation ou lorsqu'il en est informé par plainte d'un tiers, il en donne connaissance, par pli recommandé, au membre intéressé et invite celui-ci à faire connaître ses observations par écrit et dans les quinze jours ou a démissionner de la fonction incompatible.

Sauf en cas de démission du membre intéressé, le Gouvernement statue dans les trente jours de l'envoi de l'avis."

§ 2. A l'article 21, alinéa 6, de la même loi, modifié par la loi du 5 août 1992, la première phrase est remplacée par la phrase suivante en ce qui concerne la Communauté germanophone :

"Le Gouvernement notifie sa décision, par pli recommandé, au membre intéressé et aux réclamants éventuels; il en informe également le bourgmestre ainsi que le président du conseil."

A la deuxième phrase, les mots "le Gouverneur" sont supprimés et les mots "la décision de la Députation permanente" sont remplacés par les mots "la décision du Gouvernement" en ce qui concerne la Communauté germanophone.

§ 3. A l'article 21, alinéa 7, de la même loi, les mots "de la Députation permanente" sont remplacés par les mots "du Gouvernement".

(1) Session 1994-1995.

Documents du Conseil. — N° 148 : N° 1 : Projet de décret; N° 148 : n° 2; Proposition d'amendement; n° 148 : n° 3 : Rapport.

Compte rendu intégral. — Discussion et vote. Séance du 2 mai 1995.

Art. 5. § 1. A l'article 22 de la même loi, modifié par la loi du 5 août 1992, les alinéas 1, modifié par la loi du 5 août 1992, et 2 sont remplacés par les alinéas suivants :

"Les membres du conseil de l'aide sociale peuvent, en cas de négligence grave ou d'inconduite notoire, être suspendus ou révoqués par le Gouvernement, sur la proposition du conseil de l'aide sociale, du conseil communal ou même d'office. La suspension ne pourra excéder trois mois.

Le membre intéressé est préalablement convoqué et entendu s'il se présente; l'avis du conseil de l'aide sociale est demandé."

§ 2. A l'article 22, alinéa 3 de la même loi, modifié par la loi du 5 août 1992, les mots "de la Députation permanente" sont remplacés par les mots "du Gouvernement" en ce qui concerne la Communauté germanophone.

Art. 6. §1. A l'article 26bis, § 1, 7, de la même loi, modifié par les lois des 5 août 1992 et 12 janvier 1993, les mots "ou à diminuer" sont supprimés en ce qui concerne la région de langue allemande.

§ 2. L'article 26bis, § 5, de la même loi, modifié par la loi du 5 août 1992, est abrogé en ce qui concerne la région de langue allemande.

Art. 7. § 1. L'article 27, § 1, alinéa 1, de la même loi, modifié par la loi du 5 août 1992, est remplacé par la disposition suivante en ce qui concerne la région de langue allemande.

"Le conseil de l'aide sociale peut constituer en son sein un bureau permanent qui est chargé de l'expédition des affaires d'administration courante et auquel il peut déléguer, en outre, d'autres attributions bien définies."

§ 2. A l'article 27 de la même loi, il est inséré, en ce qui concerne la région de langue allemande, un § 5 libellé comme suit :

"§ 5. Dans les centres publics d'aide sociale où le conseil de l'aide sociale n'a pas constitué de bureau permanent en application du § 1 du présent article, les missions du bureau permanent visées aux articles 19, 20 et 84 de la présente loi sont assumées par le président. La demande du président visée à l'article 25, § 4, doit être adressée au conseil de l'aide sociale."

Art. 8. L'article 40 de la même loi, modifié par la loi du 5 août 1992, est remplacé par la disposition suivante en ce qui concerne la région de langue allemande:

"Article 40. Les règlements d'ordre intérieur du conseil, du bureau permanent, des comités spéciaux, ainsi que des services et établissements du centre public d'aide sociale sont arrêtés par le conseil.

Ils sont soumis pour approbation au conseil communal. Chaque improbation doit être motivée. L'approbation du conseil communal est censée être accordée si aucune décision n'a été notifiée dans les soixante jours au centre public d'aide sociale.

En cas d'improbation par le conseil communal, le dossier complet est soumis, par les soins du centre, pour approbation au Gouvernement."

Art. 9. L'article 41 de la même loi est remplacé par la disposition suivante en ce qui concerne la région de langue allemande :

"Article 41. Chaque centre public d'aide sociale a un secrétaire, un receveur et un travailleur social. Chaque centre est obligé d'engager au moins un travailleur social à temps plein. Cette fonction peut également être exercée par plusieurs travailleurs sociaux."

Art. 10. L'article 42 de la même loi, modifié par l'arrêté royal n° 430 du 5 août 1986 et par la loi du 5 août 1992, est remplacé par la disposition suivante en ce qui concerne la région de langue allemande :

"Art. 42. Le conseil de l'aide sociale fixe le cadre du personnel du centre.

Pour l'hôpital et les établissements qui dépendent du centre, le conseil d'aide sociale fixe un cadre du personnel distinct, l'avis du comité de gestion visé à l'article 94, § 2 étant nécessaire pour ce qui est du cadre de l'hôpital.

Le conseil détermine aussi la manière d'opérer le mouvement du personnel entre l'hôpital et les autres établissements ou services du centre.

Le Gouvernement peut fixer en la matière des conditions et des règles.

Le personnel du centre public d'aide sociale bénéficie des mêmes statuts administratif et pécuniaire que le personnel de la commune ou le centre à son siège.

Le conseil de l'aide sociale arrête les dérogations au statut visé à l'alinéa précédent, dans la mesure où le caractère spécifique de certains services et établissements du centre le commanderait, et fixe le statut administratif et pécuniaire des emplois n'existant pas au niveau communal ainsi que celui du personnel de l'hôpital.

Pour l'application de l'alinéa précédent, le Gouvernement peut fixer les limites dans lesquelles le conseil d'aide sociale doit agir.

La loi du 25 avril 1933 relative à la pension du personnel communal est applicable aux agents des centres publics d'aide sociale.

Les délibérations prises par le conseil de l'aide sociale en application du présent article sont soumises à l'approbation du conseil communal.

L'approbation du conseil communal est censée être accordée si aucune décision n'a été notifiée dans les soixante jours au centre public d'aide sociale.

En cas d'improbation par le conseil communal, le dossier complet est soumis, par les soins du centre, pour approbation au Gouvernement."

Art. 11. A l'article 46, § 1, alinéa 3, de la même loi les mots "le Gouverneur de province" sont remplacés par les mots "le Gouvernement", en ce qui concerne la région de langue allemande.

Art. 12. L'article 53 de la même loi, modifié par la loi du 5 août 1992, est remplacé par la disposition suivante en ce qui concerne la région de langue allemande :

"Article 53. § 1er. Les décisions infligeant, par voie de mesure disciplinaire, une suspension pour un terme de trois mois au moins, une rétrogradation, la démission d'office ou la révocation, sont soumises à l'approbation du conseil communal. Elles sont exécutées par provision, à moins que le conseil de l'aide sociale n'en décide autrement.

L'approbation du conseil communal est censée être accordée lorsque aucune décision n'est notifiée dans les soixante jours au centre public d'aide sociale.

En cas d'improbation par le conseil communal, le dossier complet est soumis, par les soins du centre, pour approbation au Gouvernement.

§ 2. Un membre du personnel peut introduire une réclamation auprès du Gouvernement contre la décision du conseil de l'aide sociale supprimant son emploi ou réduisant le traitement y attaché.

La réclamation doit être introduite dans les quinze jours qui suivent celui où la décision a été notifiée au réclamant. Le Gouvernement ne pourra donner suite à cette réclamation que si la décision tend manifestement à une révocation ou rétrogradation déguisée.

Le Gouvernement doit statuer dans les trois mois de la notification de la réclamation."

Art. 13. L'article 55bis de la même loi, modifié par l'arrêté royal n° 430 du 5 août 1986, est remplacé par la disposition suivante en ce qui concerne la région de langue allemande :

"Article 55bis. Le personnel de l'hôpital et des autres établissements qui dépendent d'un centre public d'aide sociale peut, dans les limites du cadre du personnel approuvé par le conseil de l'aide sociale, et sans l'autorisation visée à l'article 55, § 1er, alinéa 1er, être engagé par contrat. Ce contrat est conclu par écrit."

Art. 14. L'article 78 de la même loi, modifié par la loi du 5 août 1992, est remplacé par la disposition suivante en ce qui concerne la région de langue allemande :

"Article 78. Le Gouvernement peut, après avis du collège des bourgmestre et échevins, autoriser les centres publics d'aide sociale à poursuivre des expropriations lorsqu'il est d'avis que l'acquisition des biens en question est d'utilité publique.

Outre les fonctionnaires des comités d'acquisition d'immeubles, le bourgmestre de la commune desservie par le centre est compétent pour passer les actes en la matière."

Art. 15. § 1. L'article 88, § 1, de la même loi, modifié par les lois des 29 décembre 1988 et 5 août 1992, est remplacé par la disposition suivante en ce qui concerne la région de langue allemande :

"§ 1. Le conseil de l'aide sociale arrête chaque année, pour l'exercice suivant, le budget des dépenses et celui des recettes du centre et des hôpitaux placés sous sa gestion. Une note de politique générale est jointe à ces budgets.

Ces budgets sont soumis avant le 15 septembre de l'année précédant l'exercice à l'approbation du conseil communal.

Ces budgets sont commentés par le président du centre lors des séances du conseil communal à l'ordre du jour desquelles est inscrite l'approbation des budgets. Si le président ne fait pas partie du conseil communal, il est averti de la date de la réunion au moins cinq jours francs avant celle-ci par le collège des bourgmestre et échevins.

La décision doit être envoyée au centre dans un délai de quarante jours à compter du jour où les budgets ont été transmis à la commune. Sinon, le conseil communal est censé avoir donné son approbation.

Toute décision de modification ou d'improbation doit être motivée. En cas d'improbation ou de modifications au budget, le dossier complet est soumis par les soins du centre, avant le 15 novembre de la même année, à l'approbation du Gouvernement.

Le conseil communal peut inscrire au budget du centre public d'aide sociale et des hôpitaux dépendant de ce centre, des prévisions de recettes et des postes de dépenses, les diminuer, les augmenter ou les supprimer et rectifier les erreurs matérielles.

Le Gouvernement est doté de la même compétence à l'égard du budget des centres publics d'aide sociale et du budget des hôpitaux qui dépendent de ces centres, d'une association intercommunale ou d'une association visée au chapitre XII de la présente loi."

§ 2. L'article 88, § 4, de la même loi, modifié par la loi du 5 août 1992, est remplacé par la disposition suivante en ce qui concerne la région de langue allemande :

"§ 4. A défaut par le conseil de l'aide sociale d'arrêter le budget ou de pourvoir à une modification du budget qui s'avère nécessaire soit pour faire face à des circonstances imprévues, soit pour payer une dette du centre reconnue et exigible, il sera procédé comme il est prévu à l'article 113.

Si le conseil de l'aide sociale omet d'arrêter le budget du centre dans le délai prévu par la loi, le collège des bourgmestre et échevins peut mettre le centre en demeure. Si le conseil de l'aide sociale omet d'arrêter le budget dans les deux mois de la mise en demeure, le conseil communal peut arrêter le budget du centre en lieu et place du conseil de l'aide sociale. Ce budget est notifié par le conseil communal au conseil de l'aide sociale et soumis à l'approbation du Gouvernement qui est doté de la compétence visée au § 1er, alinéa 7."

Art. 16. L'article 89 de la même loi, modifié par l'arrêté royal n° 244 du 31 décembre 1983 et par les lois des 29 décembre 1988, 5 août 1992 et 12 janvier 1993, est remplacé par la disposition suivante en ce qui concerne la région de langue allemande :

"Article 89. Le conseil de l'aide sociale arrête chaque année les comptes de l'exercice précédent du centre et de chacun des hôpitaux gérés par celui-ci au cours d'une séance qui a lieu avant le 1er juin.

Au cours de la séance pendant laquelle le conseil arrête lesdits comptes, le président rend compte de la situation du centre et de sa gestion au cours de l'exercice écoulé, en ce qui concerne la réalisation des prévisions budgétaires ainsi qu'en ce qui concerne la perception et l'utilisation des subventions octroyées par l'Etat dans le cadre de la loi du 7 août 1974 instituant le droit à un minimum de moyens d'existence et de la loi du 2 avril 1965 relative à la prise en charge des secours accordés par les centres publics d'aide sociale. Le rapport annuel sera transmis à chacun des conseillers, en même temps que les comptes, mais à l'exclusion des pièces justificatives, au moins sept jours francs avant la séance.

Les comptes arrêtés par le conseil sont soumis au plus tard le 1er juin qui suit la clôture de l'exercice, à l'approbation du conseil communal. Le rapport annuel est communiqué au conseil communal à titre de commentaire des comptes.

La décision doit être transmise au centre dans les deux mois de la réception des comptes, à défaut de quoi le conseil communal est censé avoir donné son approbation.

En cas d'improbation par le conseil communal, les comptes, accompagnés des délibérations du conseil, sont soumis, par les soins du centre, avant le 1er août de l'année susmentionnée, à l'approbation du Gouvernement; le Gouvernement arrête définitivement les comptes.

Les vérifications des pièces justificatives par les délégués des autorités de tutelle se fait sur place."

Art. 17. L'article 90 de la même loi, modifié par la loi du 5 août 1992, est abrogé en ce qui concerne la Communauté germanophone.

Art. 18. L'article 92 de la même loi est remplacé par la disposition suivante en ce qui concerne la région de langue allemande :

"Article 92. En cas de refus ou de retard d'ordonner le montant des dépenses que la loi met à charge des centres publics d'aide sociale, le Gouvernement, après avoir entendu le conseil de l'aide sociale, en ordonne le paiement. Sa décision tient lieu de mandat; le receveur du centre public d'aide sociale est tenu, sous sa responsabilité personnelle, d'en acquitter le montant. S'il s'y refuse, il pourra être procédé contre lui par voie de contrainte, conformément à l'article 46, § 1er, dernier alinéa."

Art. 19. A l'article 110, alinéa 2, de la même loi, modifié par la loi du 5 août 1992, le passage "cependant, cette dernière peut proroger de quarante jours le délai initial si, avant l'expiration de celui-ci, elle notifie qu'elle ne peut statuer que dans les limites du délai prorogé" est abrogé en ce qui concerne la Communauté germanophone.

Art. 20. L'article 111 de la même loi, modifié par les arrêtés royaux n^{os} 244 du 31 décembre 1983 et 430 du 5 août 1986, et par la loi du 5 août 1992, est remplacé par la disposition suivante en ce qui concerne la région de langue allemande :

"Article 111. § 1. Une liste récapitulative, décrivant succinctement les décisions prises, à l'exclusion des décisions d'octroi d'aide individuelle et de récupération, ainsi qu'une copie de chaque décision du comité de gestion de l'hôpital en application de l'article 94, § 4 est transmise par les soins du centre, dans les quinze jours de la délibération, au Gouvernement et au collège des bourgmestre et échevins.

§ 2. De plus, le centre doit signifier dans les quinze jours de la délibération ou de la prise d'effet de la décision, au Gouvernement et au collège des bourgmestre et échevins, une copie des décisions suivantes :

- décisions fixant les conditions d'attribution et attribuant des marchés de travaux, de fournitures et de services dont la valeur totale dépasse un million de francs, T.V.A. non comprise;
- décisions d'achat ou de vente d'immeubles dont la valeur dépasse deux millions de francs, T.V.A. non comprise;
- décisions relatives à des dépenses rendues nécessaires par des circonstances urgentes et imprévisibles;
- décisions fixant les règlements d'ordre intérieur visés à l'article 40;
- décisions fixant les cadres du personnel visés à l'article 42;
- décisions établissant les budgets visés à l'article 88;
- décisions arrêtant les comptes visés à l'article 89."

Art. 21. En ce qui concerne la région de langue allemande, il est inséré dans la même loi un article 111bis, libellé comme suit:

"Article 111bis. Le collège des bourgmestre et échevins peut, par arrêté motivé, suspendre l'exécution des décisions du centre public d'aide sociale visées à l'article 111, § 1, lesquelles ne doivent pas être soumises à l'approbation ou à l'autorisation ni du Gouvernement ni du conseil communal, qui nuisent aux intérêts, notamment financiers, de la commune.

Le Gouvernement peut, par arrêté motivé, suspendre l'exécution des décisions du centre d'aide sociale visées à l'article 111, § 1, qui contreviennent à la loi.

L'arrêté de suspension est immédiatement signifié au centre et, selon le cas, au Gouvernement ou au collège des bourgmestre et échevins.

Le conseil de l'aide sociale peut retirer une décision suspendue; il en fait part au collège des bourgmestre et échevins et au Gouvernement.

Le conseil de l'aide sociale peut justifier une décision suspendue; sous peine de nullité de la décision suspendue, il communique cette justification au collège des bourgmestre et échevins et au Gouvernement dans les trente jours de la date d'envoi de l'arrêté de suspension.

Le Gouvernement peut, par arrêté motivé et dans les quarante jours de la réception de la justification, abroger une décision suspendue par le Gouvernement ou le collège des bourgmestre et échevins. Cet arrêté d'abrogation est signifié au centre et au collège des bourgmestre et échevins au plus tard le dernier jour du délai de quarante jours. La suspension expire lorsque l'arrêté d'abrogation n'a pas été signifié au centre et au collège des bourgmestre et échevins dans le délai imparti."

Art. 22. En ce qui concerne la région de langue allemande, il est inséré dans la même loi un article 111ter, libellé comme suit :

"Article 111ter. Les dispositions de l'article 111bis ne sont pas applicables aux hôpitaux qui dépendent d'un centre public d'aide sociale tant que les comptes, approuvés conformément à l'article 89, démontrent que leur exploitation est en équilibre.

L'article 111bis cesse d'être applicable ou le redevient, selon le cas, à partir du moment où les comptes sont approuvés ou arrêtés définitivement par application de l'article 89."

Art. 23. L'article 112 de la même loi est remplacé par la disposition suivante en ce qui concerne la région de langue allemande :

"Article 112. Les décisions du centre dont une copie, en application de l'article 111, § 1, ne doit pas être adressée au collège des bourgmestre et échevins et au Gouvernement, ne peuvent plus être suspendues après un délai de trente jours à compter de la réception de la liste récapitulative.

Ce délai est interrompu par l'envoi d'un recommandé par lequel le Gouvernement ou le collège des bourgmestre et échevins demande un dossier spécifique ou des informations supplémentaires.

La décision d'un centre public d'aide sociale demandée par une autorité de tutelle ne peut plus être suspendue après un délai de trente jours à compter de la réception du dossier ou des informations supplémentaires.

Les décisions du centre dont une copie, en application de l'article 111, § 2, doit être adressée sans mise en demeure au collège des bourgmestre et échevins; ne peuvent plus être suspendues après un délai de quarante jours à compter de la réception de la décision."

Art. 24. § 1. L'article 113, premier alinéa, de la même loi, est remplacé par la disposition suivante en ce qui concerne la région de langue allemande :

"Après deux avertissements consécutifs, constatés par la correspondance, le Gouvernement peut charger un ou plusieurs fonctionnaires de se transporter sur les lieux aux frais des membres du conseil ou des agents du centre public d'aide sociale en retard de satisfaire aux avertissements, à l'effet de recueillir les renseignements ou observations demandés, ou de mettre à exécution les mesures prescrites par les lois et règlements généraux."

§ 2. A l'alinéa 3 du même article, les mots "le Gouverneur" sont remplacés par les mots "le Gouvernement" en ce qui concerne la Communauté germanophone.

§ 3. L'alinéa 4 du même article est abrogé en ce qui concerne la Communauté germanophone.

Art. 25. L'article 114 de la même loi, modifié par la loi du 5 août 1992, est remplacé par la disposition suivante en ce qui concerne la région de langue allemande :

"Article 114. Les décisions prises en application des articles 40, 42 et 53 sont notifiées par le Gouvernement au centre public d'aide sociale et au collège des bourgmestre et échevins intéressés.

Lorsque, à défaut d'une décision du Gouvernement, la délibération du centre public d'aide sociale est censée être autorisée ou approuvée tacitement en application de l'article 110, ce centre en informe le collège des bourgmestre et échevins intéressés."

Art. 26. L'article 119 de la même loi, modifié par la loi du 5 août 1992, est remplacé par la disposition suivante en ce qui concerne la région de langue allemande :

"Article 119. La décision motivée du ou des conseils de l'aide sociale de constituer l'association visée à l'article précédent et les statuts de l'association seront soumis à l'approbation du ou des conseils communaux concernés et à celle du Gouvernement.

La décision d'adhérer à une association existante ne sera soumise qu'à l'approbation du conseil communal concerné."

Art. 27. L'article 126 de la même loi, modifié par l'arrêté royal n° 430 du 5 août 1986, est remplacé par la disposition suivante en ce qui concerne la région de langue allemande :

"Article 126. Sans préjudice de l'application de dispositions statutaires particulières en sens contraire, les associations visées par le présent chapitre ainsi que les hôpitaux et établissements qui en dépendent sont administrés suivant les mêmes règles que les centres publics d'aide sociale et soumis au même contrôle et à la même tutelle administrative.

Le gouverneur de province ne peut être élu membre du conseil d'administration d'une de ces associations."

Art. 28. A l'article 128, § 2, alinéa 4, de la même loi est remplacé par le libellé suivant en ce qui concerne la région de langue allemande :

"A la demande du centre, de l'association ou du membre du personnel intéressé, le Gouvernement statue sur toute contestation quant à l'application des dispositions ci-dessus."

Art. 29. Aux articles 11, § 4, 25, 26, 27, 33bis, 38, 39, 46, 56, 80, 87, 94, 116, 128, 129 et 133 de la même loi, les mots "le Roi" sont remplacés par les mots "le Gouvernement" en ce qui concerne la Communauté germanophone.

A l'article 46, § 2, alinéa 7, les mots "arrêté royal" sont remplacés par les mots "arrêté du Gouvernement".

Aux articles 56 et 94, les mots "par un arrêté délibéré en conseil des ministres" sont abrogés en ce qui concerne la Communauté germanophone.

A l'article 64, les mots "Comité de protection de la jeunesse" sont remplacés par les mots "bureau du conseil de l'aide à la jeunesse".

Art. 30. Le présent décret entre en vigueur le 1er janvier 1996, à l'exception de l'article 7 qui produit ses effets au 1er avril 1995.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 2 mai 1995.

Le Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,

J. MARAITE

Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture, de la Jeunesse et de la Recherche scientifique,

B. GENTGES

Le Ministre des Médias, de la Formation des Adultes, de la Politique des Handicapés,
de l'Aide sociale et de la Reconversion professionnelle,

K.H. LAMBERTZ

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 95 - 3367

[S - C - 33116]

2 MEI 1995. — Decreet tot wijziging van de organieke wet van 8 juli 1976
betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn (1)

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

Artikel 1. Artikel 9 van de organieke wet van 8 juli 1976 betreffende de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, gewijzigd bij de wetten van 29 december 1988 en 5 augustus 1992, wordt aangevuld door volgende bepaling, wat het Duitse taalgebied betreft :

"g) de leden van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap".

(1) Voir note à la page suivante.

(1) Zie noot op de volgende bladzijde.

Art. 2. § 1. In artikel 18 van dezelfde wet worden de leden 1 tot 3, alsmede lid 4, gewijzigd bij de wet van 5 augustus 1992, door volgende leden vervangen, wat het Duitse taalgebied betreft :

"Het dossier van de verkiezing van de leden van de raad voor maatschappelijk welzijn en hun opvolgers wordt onverwijld toegezonden aan de Regering.

Elk bezwaar tegen de verkiezing moet, op straffe van verval, schriftelijk bij de Regering worden ingediend binnen tien dagen volgend op de afkondiging van de verkiezingsuitslag.

De Regering doet uitspraak over de geldigheid van de verkiezing binnen dertig dagen na ontvangst van het dossier en herstelt, in voorkomend geval, de bij het vaststellen van de verkiezingsuitslag begane vergissingen. Indien binnen deze termijn geen uitspraak is gedaan, wordt de verkiezing als regelmatig beschouwd.

Het feit dat de verkiezing geldigheid heeft verkregen door het verstrijken van de termijn of de beslissing van de Regering, wordt door de zorg van de Regering medegedeeld aan de betrokken gemeenteraad en aan het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn. Er wordt bij ter post aangetekende brief kennis van gegeven, aan de leden en opvolgers wier verkiezing werd vernietigd, aan de opvolgers wier verkiezingsrang werd gewijzigd en aan de personen die bezwaren hebben ingediend."

§ 2. In artikel 18, lid 5, wordt de zin "De gouverneur kan eenzelfde beroep instellen binnen vijftien dagen na beslissing van de bestendige deputatie of na het verstrijken van de termijn." geschrapt, wat de Duitstalige Gemeenschap betreft.

§ 3. In artikel 18, lid 6 van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 5 augustus 1992, worden de woorden "de provinciegouverneur" door de woorden "de Regering" vervangen, wat de Duitstalige Gemeenschap betreft.

Art. 3. § 1. In artikel 20bis van dezelfde wet, ingevoegd bij de wet van 5 augustus 1992, worden de leden 1 tot 3 door volgende bepaling vervangen, wat het Duitse taalgebied betreft

"Indien de burgemeester of afgevaardigde schepen nalaat de leden van de raad voor maatschappelijk welzijn tot de eedaflegging op te roepen, worden de leden opgeroepen door de Regering en leggen ze de eed af voor haar.

De Regering neemt deze maatregel binnen dertig dagen nadat zij van het verzuim kennis heeft gekregen.

De kosten van deze procedure komen ten laste van de burgemeester of schepen die verzuimd heeft uitvoering te geven aan artikel 20 van deze wet."

§ 2. In artikel 20bis, lid 4, worden de woorden "provinciegouverneur" door de woorden "de Regering" vervangen, wat de Duitstalige Gemeenschap betreft.

Art. 4. § 1. In artikel 21 van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 5 augustus 1992, worden de leden 1 tot 5 door volgende leden vervangen, wat het Duitse taalgebied betreft

"Wanneer een lid na de eedaflegging niet meer voldoet aan een van de voorwaarden van verkiesbaarheid of in een toestand van onverenigbaarheid komt te verkeren, stelt de burgemeester of de voorzitter van de raad de Regering hiervan onverwijld in kennis. Afschrift van die kennisgeving wordt dezelfde dag bij aangetekende brief gezonden aan het betrokken raadslid dat zijn opmerkingen schriftelijk binnen vijftien dagen kan mededelen aan de Regering.

Wanneer het evenwel om een onverenigbaarheid van ambten gaat, dient de burgemeester het raadslid vooraf op dezelfde wijze uit te nodigen om uit het onverenigbare ambt ontslag te nemen. Het lid beschikt over vijftien dagen om aan die uitnodiging gevolg te geven.

De Regering doet uitspraak binnen dertig dagen na ontvangst van de kennisgeving door de burgemeester.

Wanneer de Regering zelf een dergelijke toestand vaststelt of hiervan kennis krijgt op klacht van een derde, geeft zij daarvan kennis bij aangetekende brief aan het betrokken raadslid en nodigt zij hem uit om binnen vijftien dagen schriftelijk zijn opmerkingen te doen kennen of uit het onverenigbare ambt ontslag te nemen.

Behoudens in geval van ontslag van het betrokken lid, doet de Regering uitspraak binnen dertig dagen na de verzending van de kennisgeving."

§ 2. In artikel 21, zesde lid, van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 5 augustus 1992, wordt de eerste zin door volgende zin vervangen, wat de Duitstalige Gemeenschap betreft

"De Regering betekent haar beslissing bij aangetekende brief aan het betrokken raadslid en aan de eventuele bezwaarindieners; er wordt eveneens kennis van gegeven aan de burgemeester en aan de voorzitter van de raad."

In de tweede zin worden de woorden "de Gouverneur" geschrapt en de woorden "de beslissing van de bestendige deputatie" door de woorden "de beslissing van de Regering" vervangen, wat de Duitstalige Gemeenschap betreft.

§ 3. In artikel 21, zevende lid, van dezelfde wet, worden de woorden "van de bestendige deputatie" door de woorden "van de Regering" vervangen, wat de Duitstalige Gemeenschap betreft.

Art. 5. § 1. In artikel 22 van dezelfde wet worden de leden 1, gewijzigd bij de wet van 5 augustus 1992, en 2 door volgende leden vervangen, wat het Duitse taalgebied betreft

"In geval van zware nalatigheid of algemeen bekend wangedrag kunnen de leden van de raad voor maatschappelijk welzijn door de Regering geschorst of afgezet worden, op voorstel van de raad voor maatschappelijk welzijn, van de gemeenteraad of zelfs van ambtswege. De schorsing mag drie maanden niet te boven gaan.

Het betrokken lid wordt vooraf opgeroepen en, indien hij verschijnt, gehoord; het advies van de raad voor maatschappelijk welzijn wordt ingewonnen."

§ 2. In artikel 22, lid 3, van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 5 augustus 1992, worden de woorden "van de bestendige deputatie" door de woorden "van de Regering" vervangen, wat de Duitstalige Gemeenschap betreft.

Art. 6. § 1. In Artikel 26bis, § 1, 7, van dezelfde wet, gewijzigd bij de wetten van 5 augustus 1992 en 12 januari 1993, worden de woorden "of verminderen" geschrapt, wat het Duitse taalgebied betreft.

§ 2. Artikel 26bis, § 5, van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 5 augustus 1992, wordt opgeheven, wat het Duitse taalgebied betreft.

(1) Zitting 1994-1995.

Bescheiden van de Raad. — Nr. 148 : nr. 1 : Ontwerp van decreet; Nr. 148 : nr. 2 : Voorstel tot wijziging; Nr. 148 : nr. 3 : Verslag.

Integraal verslag. — Bespreking en aanneming. Vergadering van 2 mei 1995.

Art. 7. § 1. Artikel 27, § 1, lid 1, van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 5 augustus 1992, wordt door volgende bepaling vervangen, wat het Duitse taalgebied betreft :

"De raad voor maatschappelijk welzijn kan in zijn midden een vast bureau oprichten dat belast is met het afhandelen van de zaken van dagelijks bestuur en waaraan hij bovendien andere wel omschreven bevoegdheden kan overdragen."

§ 2. In artikel 27 van dezelfde wet wordt, wat het Duitse taalgebied betreft, een § 5 ingevoegd dat luidt als volgt

"§ 5. In de openbare centra voor maatschappelijk welzijn waar de raad voor maatschappelijk welzijn geen vast bureau overeenkomstig § 1 heeft opgericht, worden de in de artikelen 19, 20 en 84 van die wet bedoelde opdrachten van het vast bureau door de voorzitter uitgevoerd. Het in artikel 25, § 4, bedoeld verzoek van de voorzitter moet worden gericht aan de raad voor maatschappelijk welzijn."

Art. 8. Artikel 40 van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 5 augustus 1992, wordt door volgende bepaling vervangen, wat het Duitse taalgebied betreft :

"Artikel 40. De huishoudelijke reglementen voor de raad, het vast bureau, de bijzondere comités, alsmede voor de diensten en instellingen van het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn, worden vastgesteld door de raad.

Zij worden onderworpen aan de goedkeuring van de gemeenteraad. Elke beslissing tot niet-goedkeuring moet met redenen worden omkleed. De goedkeuring van de gemeenteraad wordt geacht toegekend te zijn, indien aan het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn geen beslissing wordt betekend binnen zestig dagen.

Bij niet-goedkeuring door de gemeenteraad wordt het volledig dossier door de zorg van het centrum voor goedkeuring doorgestuurd aan de Regering."

Art. 9. Artikel 41 van dezelfde wet wordt door volgende bepaling vervangen, wat het Duitse taalgebied betreft :

"Artikel 41. Elk openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn heeft een secretaris, een ontvanger en een maatschappelijk werker. Elk centrum is ertoe verplicht ten minste een maatschappelijk werker met voltijdse betrekking aan te stellen. Dit ambt kan eveneens door meerdere maatschappelijk werkers uitgeoefend worden."

Art. 10. Artikel 42 van dezelfde wet, gewijzigd bij het koninklijk besluit nr. 430 van 5 augustus 1986 en de wet van 5 augustus 1992, wordt door volgende bepaling vervangen, wat het Duitse taalgebied betreft :

"Artikel 42. De raad voor maatschappelijk welzijn bepaalt de personeelsformatie van het centrum.

Voor het ziekenhuis en de inrichtingen die van het centrum afhangen, bepaalt de raad voor maatschappelijk welzijn een afzonderlijke personeelsformatie, na advies van het in artikel 94, § 2 bedoelde beheerscomité, wat de personeelsformatie van het ziekenhuis betreft.

Door de raad wordt tevens bepaald op welke wijze de overplaatsing van het personeel tussen het ziekenhuis en de overige instellingen of diensten van het centrum plaatsheeft.

De Regering kan ter zake voorwaarden en regelen vaststellen.

Het personeel van het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn geniet hetzelfde administratief en geldelijk statuut als het personeel van de gemeente waar de zetel van het centrum gevestigd is.

De raad voor maatschappelijk welzijn stelt de afwijkingen van het in het vorige lid bedoelde statuut vast, voor zover het specifieke karakter van sommige diensten en inrichtingen van het centrum het nodig zou maken, en bepaalt het administratief en geldelijk statuut inzake de betrekkingen die niet bestaan op het gemeentelijk vlak evenals dat van het personeel van het ziekenhuis.

Voor de toepassing van het vorige lid kan de Regering de perken vaststellen waarbinnen de raad voor maatschappelijk welzijn dient te handelen.

De wet van 25 april 1933 betreffende de pensioenregeling van het gemeentepersoneel is van toepassing op de personeelsleden van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn.

De beslissingen genomen door de raad voor maatschappelijk welzijn met toepassing van onderhavig artikel zijn onderworpen aan de goedkeuring van de gemeenteraad.

De goedkeuring van de gemeenteraad zal als toegekend worden beschouwd, indien aan het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn geen beslissing wordt betekend binnen zestig dagen.

Bij niet-goedkeuring door de gemeenteraad wordt het volledig dossier door de zorg van het centrum voor goedkeuring doorgestuurd aan de Regering."

Art. 11. In artikel 46, § 1, lid 3, van dezelfde wet worden de woorden "de Gouverneur" door de woorden "de Regering" vervangen, wat de Duitstalige Gemeenschap betreft.

Art. 12. Artikel 53 van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 5 augustus 1992, wordt door volgende bepaling vervangen, wat het Duitse taalgebied betreft:

"Artikel 53. § 1. De beslissingen waarbij, bij wijze van tuchtmaatregel, een schorsing voor ten minste drie maanden, een terugzetting in graad, het ontslag van ambtswege of de afzetting worden uitgesproken, worden onderworpen aan de goedkeuring van de gemeenteraad. Zij worden bij voorraad ten uitvoer gelegd, tenzij de raad voor maatschappelijk welzijn anders beslist.

De goedkeuring van de gemeenteraad wordt geacht toegekend te zijn, indien aan het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn geen beslissing wordt betekend binnen zestig dagen.

Bij niet-goedkeuring door de gemeenteraad wordt het volledig dossier door de zorg van het centrum voor goedkeuring doorgestuurd aan de Regering.

§ 2. Een personeelslid kan bij de Regering bezwaar inbrengen tegen een besluit van de raad voor maatschappelijk welzijn tot opheffing van zijn betrekking of tot vermindering van de aan de betrekking verbonden wedde.

Het bezwaar moet worden ingediend binnen vijftien dagen na kennisgeving van het besluit aan de betrokkene. De Regering kan alleen gevolg geven aan het bezwaar, indien de beslissing klaarblijkelijk strekt tot een bedekte afzetting of terugzetting in rang.

De Regering moet beslissen binnen een termijn van drie maanden vanaf de dag waarop de klacht haar ter kennis wordt gebracht."

Art. 13. Artikel 55bis van dezelfde wet, gewijzigd bij het koninklijk besluit nr. 430 van 5 augustus 1986, wordt door volgende bepaling vervangen, wat het Duitse taalgebied betreft

"Artikel 55bis. Het personeel van een ziekenhuis en van de andere inrichtingen die van een openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn afhangen kan binnen de door de raad voor maatschappelijk welzijn goedgekeurde personeelsformatie, en zonder de machtiging bedoeld in artikel 55, § 1, eerste lid, bij contract worden aangeworven. Dit contract wordt schriftelijk afgesloten."

Art. 14. Artikel 78 van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 5 augustus 1992, wordt door volgende bepaling vervangen, wat het Duitse taalgebied betreft :

"Artikel 78. De Regering kan, na advies van het college van burgemeester en schepenen, de openbare centra voor maatschappelijk welzijn machtigen om over te gaan tot onteigeningen, inzien zij van mening is dat de aanschaffing van de betrokkene goederen de algemene nut dient.

Benevens de ambtenaren van de comités tot aankoop van onroerende goederen is de burgemeester van de gemeente die door het centrum wordt bediend, bevoegd tot het verlijden van de desbetreffende akte."

Art. 15. § 1. Artikel 88, § 1, van dezelfde wet, gewijzigd bij de wetten van 29 december 1988 en 5 augustus 1992, wordt door volgende bepaling vervangen, wat het Duitse taalgebied betreft:

"§ 1. De raad voor maatschappelijk welzijn stelt ieder jaar, voor het volgende dienstjaar, de begroting van ontvangsten en uitgaven vast van het centrum en van de ziekenhuizen die onder zijn beheer staan. Aan deze begrotingen wordt een algemene beleidsnota gehecht.

Deze begrotingen worden voor 15 september van het jaar dat aan het dienstjaar voorafgaat, onderworpen aan de goedkeuring van de gemeenteraad.

Op de vergaderingen van de gemeenteraad waar de goedkeuring van deze begrotingen op de agenda staat, worden deze toegelicht door de voorzitter van het centrum. Indien de voorzitter geen deel uitmaakt van de gemeenteraad wordt hij hiervan ten minste vijf vrije dagen voor de dag van de vergadering verwittigd door het college van burgemeester en schepenen.

De beslissing moet aan het centrum worden doorgestuurd binnen een termijn van veertig dagen te rekenen vanaf de dag waarop de begrotingen aan de gemeente werden overgezonden. Bij gebreke ervan is de gemeenteraad geacht zijn goedkeuring te hebben verleend.

Elke beslissing tot wijziging of tot niet-goedkeuring moet met redenen worden omkleed. Bij niet-goedkeuring of in geval van wijzigingen aan de begroting wordt het volledig dossier door de zorg van het centrum voor 15 november van hetzelfde jaar ter goedkeuring overgelegd aan de Regering.

De gemeenteraad kan op de begroting van het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn en van de ziekenhuizen die van dit centrum afhangen, ontvangstenramingen en uitgavenposten brengen, deze verminderen, vermeerderen of schrappen en materiële vergissingen rechtzetten.

De Regering heeft dezelfde bevoegdheid betreffende de begroting van de openbare centra voor maatschappelijk welzijn en betreffende de begroting van de ziekenhuizen die afhangen van deze centra, van een intercommunale vereniging of een vereniging bedoeld in hoofdstuk XII van deze wet."

§ 2. Artikel 88, § 4, van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 5 augustus 1992, wordt door volgende bepaling vervangen, wat het Duitse taalgebied betreft :

"§ 4. Blijft de raad voor maatschappelijk welzijn in gebreke de begroting vast te stellen of te voorzien in een begrotingswijziging die nodig blijkt hetzij om het hoofd te bieden aan onvoorziene omstandigheden, hetzij tot betaling van een schuld van het centrum die erkend en opeisbaar is, dan zal worden gehandeld overeenkomstig artikel 113.

Laat de raad voor maatschappelijk welzijn na om de begroting van het centrum binnen de wettelijk bepaalde termijn vast te stellen, dan kan het college van burgemeester en schepenen het centrum uit gebreke stellen. Indien de raad voor maatschappelijk welzijn nalaat om de begroting vast te stellen binnen de twee maanden na de ingebrekestelling, kan de gemeenteraad de begroting van het centrum vaststellen in de plaats van de raad voor maatschappelijk welzijn. Deze begroting wordt door de gemeenteraad betekend aan de raad voor maatschappelijk welzijn en ter goedkeuring overgelegd aan de Regering, die de in § 1, zevende lid bepaalde bevoegdheid heeft."

Art. 16. Artikel 89 van dezelfde wet, gewijzigd bij het koninklijk besluit nr. 244 van 31 december 1983 en de wetten van 29 december 1988, 5 augustus 1992 en 12 januari 1993, wordt door volgende bepaling vervangen, wat het Duitse taalgebied betreft :

"Artikel 89. De raad voor maatschappelijk welzijn stelt elk jaar de rekening van het voorgaande dienstjaar van het centrum en van elk ziekenhuis dat onder zijn beheer staat vast in een vergadering die plaatsvindt voor 1 juni.

Tijdens de vergadering waarop de raad deze rekeningen vaststelt brengt de voorzitter verslag uit over de toestand van het centrum en over het gevoerde beheer tijdens het voorafgaande dienstjaar, inzake de uitvoering van de begrotingsvooruitzichten evenals wat betreft de ontvangst en het gebruik van de toelagen toegekend door de Staat in het kader van de wet van 7 augustus 1974 tot instelling van het recht op een bestaansminimum en de wet van 2 april 1965 betreffende het ten laste nemen van de steun verleend door de openbare centra voor maatschappelijk welzijn. Het jaarverslag wordt vooraf samen met de rekening doch met uitsluiting van de verantwoordingssukken, tenminste zeven vrije dagen voor de vergadering aan elk raadslid meegedeeld.

De door de raad vastgestelde rekeningen worden ten laatste op 1 juni volgend op het sluiten van het dienstjaar onderworpen aan de goedkeuring van de gemeenteraad. Het jaarverslag wordt als toelichting bij de rekeningen aan de gemeenteraad meegedeeld.

De beslissing dient aan het centrum doorgestuurd binnen de twee maanden na ontvangst van de rekeningen, bij gebreke waarvan de gemeenteraad geacht wordt de goedkeuring te hebben verleend.

Bij niet-goedkeuring door de gemeenteraad worden de rekeningen samen met de beslissingen van de gemeenteraad door de zorg van het centrum voor 1 augustus van het voormelde jaar, ter goedkeuring overgelegd aan de Regering; de Regering stelt de rekeningen definitief vast.

Het nazicht van de bewijsstukken door de afgevaardigden van de toezichhoudende overheid gebeurt ter plaatse "

Art. 17. Artikel 90 van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 5 augustus 1992, wordt opgeheven, wat de duitstalige Gemeenschap betreft.

Art. 18. Artikel 92 van dezelfde wet wordt door volgende bepaling vervangen, wat het Duitse taalgebied betreft

"Artikel 92. Bij weigering van of vertraging in het betaalbaar stellen van het bedrag der uitgaven die de wet aan de openbare centra voor maatschappelijk welzijn oplegt, beveelt de Regering de betaling daarvan, na de raad voor maatschappelijk welzijn gehoord te hebben. Haar beslissing geldt als bevelschrift tot betaling; de ontvanger van het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn is verplicht, onder zijn persoonlijke verantwoordelijkheid, het bedrag te betalen. Indien hij weigert, kan tegen hem opgetreden worden door middel van een dwangbevel overeenkomstig artikel 46, § 1, laatste lid."

Art. 19. In artikel 110, lid 2 van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 5 augustus 1992, wordt de passus "deze laatste kan echter de eerste termijn met 40 dagen verlengen, indien zij, voor het verstrijken van die eerste termijn, ter kennis brengt dat zij slechts binnen de verlengde termijn uitspraak kan doen" geschrapt, wat de Duitstalige Gemeenschap betreft.

Art. 20. Artikel 111 van dezelfde wet, gewijzigd bij de koninklijke besluiten nr. 244 van 31 december 1983 en 430 van 5 augustus 1986 en bij de wet van 5 augustus 1992, wordt door volgende bepaling vervangen, wat het Duitse taalgebied betreft :

"Artikel 111. § 1. Een samenvattende lijst met een korte beschrijving van alle beslissingen, met uitzondering van de beslissingen tot individuele dienstverlening en verhaal, alsmede een afschrift van elke beslissing van het beheerscomité van het ziekenhuis met toepassing van artikel 94, § 4, wordt door het centrum binnen vijftien dagen gezonden aan de Regering en aan het college van burgemeester en schepenen.

§ 2. Bovendien moet het centrum, binnen vijftien dagen na de beslissing of de datum van inwerkingtreding van de beslissingen, de Regering en het college van burgemeester en schepenen een afschrift van volgende beslissingen zenden

— beslissingen tot vaststelling van de voorwaarden voor het gunnen en houdende het gunnen van overheidsopdrachten voor aanneming van werken, leveringen en diensten, wanneer de globale waarde van de opdracht een miljoen frank, BTW niet inbegrepen, overschrijdt;

— beslissingen tot aankoop of verkoop van onroerende goederen, waarvan de waarde twee miljoen frank, BTW niet inbegrepen, overschrijdt;

— beslissingen over uitgaven die wegens dringende en niet voorzienbare omstandigheden noodzakelijk zijn geworden;

— beslissingen tot vaststelling van de huishoudelijke reglementen bedoeld in artikel 40;

— beslissingen tot vaststelling van de personeelsformaties bedoeld in artikel 42;

— beslissingen tot vaststelling van de begrotingen bedoeld in artikel 88;

— beslissingen tot vaststelling van de rekeningen bedoeld in artikel 89."

Art. 21. Wat het Duitse taalgebied betreft, wordt in dezelfde wet een artikel 111bis ingevoegd, luidend als volgt:

"Artikel 111bis. Het college van burgemeester en schepenen kan, bij een met redenen omkleed besluit, de uitvoering van de in artikel 111, § 1, bedoelde beslissingen van het centrum voor maatschappelijk welzijn schorsen die niet onderworpen zijn aan de goedkeuring of machtiging noch van de Regering noch van de gemeenteraad en die de belangen, inzonderheid de financiële belangen, van de gemeente schaden.

De regering kan bij een met redenen omkleed besluit de uitvoering van de in artikel 111, § 1, bedoelde beslissingen van het centra voor maatschappelijk welzijn schorsen die in strijd zijn met de wet.

Het schorsingsbesluit wordt onverwijld betekend aan het centrum en, naargelang het geval, aan de regering of aan het college van burgemeester en schepenen.

De raad voor maatschappelijk welzijn kan een geschorste beslissing intrekken; hij deelt het aan het college van burgemeester en schepenen en aan de Regering mede.

De raad voor maatschappelijk welzijn kan een geschorste beslissing rechtvaardigen; op straffe van nietigheid van de geschorste beslissing deelt hij het aan het college van burgemeester en schepenen en aan de Regering mede binnen 30 dagen na de verzendingsdatum van het schorsingsbesluit.

Binnen 40 dagen na de ontvangst van de rechtvaardiging kan de Regering, bij een met redenen omkleed besluit, een door de Regering of het college van burgemeester en schepenen geschorste beslissing opheffen. Dit opheffingsbesluit wordt het centrum en het college van burgemeester en schepenen ten laatste op de laatste dag van de termijn van veertig dagen betekend. Indien het opheffingsbesluit binnen de vastgelegde termijn niet wordt betekend aan het centrum en aan het college van burgemeester en schepenen, dan vervalt de schorsing."

Art. 22. Wat het Duitse taalgebied betreft, wordt in dezelfde wet een artikel 111ter ingevoegd, luidend als volgt

"Artikel 111ter. De bepalingen van artikel 111bis zijn niet van toepassing op de ziekenhuizen die afhangen van een openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn zolang de met toepassing van artikel 89 goedgekeurde rekeningen aantonen dat de exploitatie ervan in evenwicht is.

Artikel 111bis houdt op van toepassing te zijn of wordt opnieuw van toepassing, al naar het geval, vanaf het ogenblik dat de rekeningen goedgekeurd of definitief vastgesteld zijn met toepassing van artikel 89."

Art. 23. Artikel 112 van dezelfde wet wordt door volgende bepaling vervangen, wat het Duitse taalgebied betreft

"Artikel 112. De beslissingen van het centrum, waarvan met toepassing van artikel 111, § 1 geen afschrift moet worden gezonden aan de Regering en aan het college van burgemeester en schepenen, kunnen niet meer geschorst worden na verstrijken van een termijn van 30 dagen te rekenen vanaf de ontvangst van de samenvattende lijst.

Deze termijn wordt gestuit door de verzending van een aangetekende brief, waarin de Regering of het college van burgemeester of schepenen een bepaald dossier of bijkomende inlichtingen aanvraagt.

De beslissing van een openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn, die door een toezichthoudende overheid aangevraagd werd, kan niet meer geschorst worden na verstrijken van een termijn van 30 dagen te rekenen vanaf de ontvangst van het dossier of van de bijkomende inlichtingen.

De beslissingen van het centrum, waarvan met toepassing van artikel 111, § 2 zonder aanvraag een afschrift moet worden gezonden aan het college van burgemeester en schepenen en aan de Regering, kunnen niet meer geschorst worden na verstrijken van een termijn van 40 dagen te rekenen vanaf de ontvangst van de beslissing."

Art. 24. § 1. Artikel 113, lid 1, van dezelfde wet wordt door volgende bepaling vervangen, wat het Duitse taalgebied betreft :

"Na twee achtereenvolgende, uit de briefwisseling blijkende waarschuwingen, kan de Regering een of meer ambtenaren gelasten zich ter plaatse te begeven, op de kosten van de raadsleden of van de personeelsleden van het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn, die verzuimd hebben aan de waarschuwingen gevolg te geven, ten einde de gevraagde inlichtingen of opmerkingen in te zamelen of de maatregelen ten uitvoer te brengen die zijn voorgeschreven bij de wetten en algemene verordeningen.

§ 2. In lid 3 van hetzelfde artikel worden de woorden "de gouverneur" door de woorden "de Regering" vervangen, wat de Duitstalige Gemeenschap betreft.

§ 3. Lid 4 van hetzelfde artikel wordt opgeheven, wat de Duitstalige Gemeenschap betreft.

Art. 25. Artikel 114 van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 5 augustus 1992, wordt door volgende bepaling vervangen, wat het Duitse taalgebied betreft :

"Artikel 114. De beslissingen genomen met toepassing van de artikelen 40, 42 en 53 worden door de Regering ter kennis gebracht aan het betrokken openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn en aan het betrokken college van burgemeester en schepenen.

Indien bij gebrek aan een beslissing van de Regering, het besluit van het centrum met toepassing van artikel 110 geacht wordt een stilzwijgende machtiging of goedkeuring te hebben verkregen, wordt hiervan door dit centrum kennis gegeven aan het betrokken college van burgemeester en schepenen."

Art. 26. Artikel 119 van dezelfde wet, gewijzigd bij de wet van 5 augustus 1992, wordt door volgende bepaling vervangen, wat het Duitse taalgebied betreft :

"Artikel 119. Het met redenen omkleed besluit van de raad of de raden voor maatschappelijk welzijn tot oprichting van de in het vorig artikel bedoelde vereniging en de statuten van de vereniging zijn onderworpen aan de goedkeuring van de betrokken gemeenteraad of gemeenteraden en aan de goedkeuring van de Regering.

Het besluit tot toetreding tot een bestaande vereniging is enkel onderworpen aan de goedkeuring van de betrokken gemeenteraad."

Art. 27. Artikel 126 van dezelfde wet, gewijzigd bij het koninklijk besluit nr. 430 van 5 augustus 1986, wordt door volgende bepaling vervangen, wat het Duitse taalgebied betreft :

"Artikel 126. Onverminderd de toepassing van andersluidende bijzondere statutaire voorschriften, worden de in dit hoofdstuk bedoelde verenigingen alsmede de ervan afhankende ziekenhuizen en inrichtingen beheerd volgens dezelfde regelen als de openbare centra voor maatschappelijk welzijn; ze zijn onderworpen aan dezelfde controle en hetzelfde administratief toezicht.

De provinciegouverneur mag niet in het beheerraad van één van die verenigingen worden benoemd."

Art. 28. Artikel 128, § 2, vierde lid, van dezelfde wet wordt door volgend lid vervangen, wat het Duitse taalgebied betreft :

"Op verzoek van het centrum, van de vereniging of het betrokken personeelslid doet de Regering uitspraak over elke betwisting betreffende de toepassing van de bovenstaande bepalingen."

Art. 29. In de artikelen 11, § 4, 25, 26, 27, 33bis, 38, 39, 46, 56, 80, 87, 94, 116, 128, 129 en 133 van dezelfde wet worden de woorden "de Koning" door de woorden "de Regering" vervangen, wat de Duitstalige Gemeenschap betreft.

In artikel 46, § 2, lid 7, worden de woorden "koninklijk besluit" door de woorden "besluit van de Regering" vervangen.

In de artikelen 56 en 94 worden de woorden "bij een in Ministerraad overlegd besluit" geschrapt, wat de Duitstalige Gemeenschap betreft.

In artikel 64 van dezelfde wet worden de woorden "comité voor de jeugdbescherming" door de woorden "bureau van de Raad voor jeugdbijstand" vervangen

Art. 30. Dit decreet treedt in werking op 1 januari 1996, met uitzondering van artikel 7 dat met ingang van 1 april 1995 uitwerking heeft.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, op 2 mei 1995.

De Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

J. MARAITE

De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur, Jeugd en Wetenschappelijk Onderzoek,

G. GENTGES

De Minister van Media en Volwassenenvorming, Gehandicaptenbeleid, Sociale Hulp en Beroepsomscholing,

K.H. LAMBERTZ

REGION DE BRUXELLES-CAPITALE — BRUSSELS HOOFDSTEDELIJK GEWEST

COMMISSION COMMUNAUTAIRE FRANÇAISE DE LA REGION BRUXELLES-CAPITALE

F. 95 — 3368

[C — 31621]

30 NOVEMBRE 1995. — Arrêté du Collège de la Commission communautaire française portant création d'un Conseil consultatif des francophones des communes de la périphérie bruxelloise

Le Collège,

Vu l'article 136 de la Constitution coordonnée par la loi du 17 février 1994;

Vu la loi spéciale du 12 janvier 1989 relative aux Institutions bruxelloises, modifiée par la loi spéciale du 16 juillet 1993 visant à achever la structure fédérale de l'Etat;